

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen

Es freut mich sehr, hier in Lenzburg zu sein heute; in der Stadt, in der ich aufgewachsen bin und mit der ich, obwohl ich schon 25 Jahre nicht mehr hier wohne, mich sehr verbunden fühle.

Und es freut mich, gerade an diesem 1. Mai hier zu sein, dem ersten 1. Mai nach unwirklichen zwei Jahren, in der unser Leben und das Leben vieler Menschen auf der ganzen Welt auf den Kopf gestellt wurde.

Das Motto lautet dieses Jahr: Frieden, Freiheit, Solidarität.

Die internationale Solidarität hochzuhalten wird ein Appell sein, der wohl in vielen 1. Mai-Reden an diesem Wochenende gemacht werden wird.

Während der Pandemie ist uns noch einmal deutlich vor Augen geführt worden, in was für einer privilegierten und egoistischen Welt wir leben. Nicht sind wir besser geworden, wie viele dachten, als alles begann. Wir sind auch nicht solidarischer. Vielmehr ist weltweit die Schere noch einmal zwischen reichen und armen Ländern deutlich aufgegangen. Während wir wirtschaftliche Ressourcen auffahren konnten, als Erste Impfstoffe und Medikamente erhielten, obwohl wir doch eigentlich das bessere Gesundheitssystem haben, sind ärmere Länder untergegangen. Nach dem Motto «Jede:r ist sich selbst am nächsten» haben wir uns sehr wenig darum gekümmert, was sonst auf der Welt so los ist, und uns bemitleidet, weil wir einmal weniger in die Ferien fahren durften.

Aber gerade wir müssen für eine gerechte Welt eintreten und andere Länder dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen und ihren Bewohner:innen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Wir müssen uns gemeinsam einsetzen gegen unsinnige Kriege, die Leid und Zerstörung hinterlassen, und für eine menschliche Aufnahme von Flüchtenden aus aller Welt eintreten. Es ist notwendig, dass wir uns alle für Frieden und Freiheit überall auf der Welt einsetzen. Deshalb: hoch, die internationale Solidarität!

Und die Schweiz kann Solidarität: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine humanitäre Katastrophe, wie sie Europa lange nicht mehr erlebt hat. Die Solidarität in der Schweiz ist riesig, und auch die Politik zieht mit: Der Bundesrat hat für Menschen, die aus der Ukraine flüchten, unkompliziert den Schutzstatus S aktiviert. Diese haben rasch ein Bett und ein Dach über dem Kopf bekommen – zum Beispiel bei hilfsbereiten Menschen zu Hause oder in

zur Verfügung gestellten Hotels und sonstigen Unterkünften. Die Kantone und Gemeinden reagieren schnell. Das ist nichts als richtig.

Doch: bis vor kurzem mussten wir uns im Grossen Rat teils zynische Voten anhören, als die Tagespauschale für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene von 9 auf 11 Franken erhöht werden sollte. Der Vorstoss scheiterte, und der Aargau zahlt immer noch eine der tiefsten Pauschalen in der Schweiz aus. Auch sonst werden Flüchtende in unserem Land nicht mit offenen Armen begegnet. Das Ausländergesetz wird immer mehr verschärft, die Erwerbsarbeit für Asylsuchende verboten, die Unterkünfte sind schäbig...Das Leben hier wird ungemütlich gemacht.

Es darf nicht sein, dass wir Flüchtende und Schutzsuchende nach Herkunft unterscheiden, sogar Flüchtende aus der Ukraine, die aus Drittstaaten kommen, werden anders behandelt. Diese Doppelmoral müssen wir aufzeigen, anprangern und gute, menschliche Aufnahmebedingungen für alle Flüchtende in der Schweiz verlangen. Und in diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir am 15. Mai die sogenannte «Frontex-Vorlage» ablehnen. Frontex können wir damit nicht beenden, aber einer menschenverachtenden Grenzpolitik an der EU-Aussengrenze und dieser unsinnigen Abschottungsstrategie Europas die rote Karte zeigen.

Ich habe mir lange überlegt, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich angesichts der dringenden, globalen Probleme heute in Lenzburg sagen will. Es herrscht Krieg geführt von einem Staat mit Atomwaffen, der gar nicht so weit weg von uns ist. Es drohen Knappheiten von Ressourcen, die uns alle aber vor allem die Schwächsten trifft. Der Klimawandel ist uns auf den Fersen, die Pandemie hat die Ungleichheit auf der Welt von einmal vergrössert. Neben dieser grossen Themen, scheinen die gewerkschaftspolitischen, inländischen Themen, doch fast unwichtig.

No future? Und deshalb ist alles gut bei uns?

Lassen wir uns nicht beirren.

Eine sozialpolitisch zentralen Auseinandersetzung in der wir Gewerkschaften und linke Parteien eine wichtige Rolle spielen, ist die Sicherung der Altersvorsorge für alle. In diesem Herbst werden wir einen weiteren Angriff auf die AHV abwehren müssen. Die Abstimmung zur AHV 21 müssen wir diesen September gewinnen, denn nur so, können wir weitere Angriffe abwehren. Die Hälfte aller Neurentner:innen muss mit weniger als 3500 Franken pro Monat

über die Runde kommen, Frauen erhalten im Schnitt ein Drittel tiefere Renten als Männer. Arbeitgeber:innen, Banken und Versicherungen greifen zusammen mit der bürgerlichen Mehrheit im Parlament die Altersvorsorge heftiger an denn je zuvor. Wir werden noch viele über Altersvorsorge abstimmen, alle drei Säulen befinden sich in Revision. Es wird bei all diesen Abstimmungen darum gehen, ob Normal- und Geringverdienenden künftig mit ihrer Rente anständig über die Runden kommen können. Es muss eine Wende geben, wir müssen die AHV ausbauen und auch deren Finanzierung sichern. Geld ist genug vorhanden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird in den nächsten Wochen die Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» lancieren. Und ich zähle auf euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier braucht es – noch einmal – euer Engagement, für eine starke AHV für alle.

Gewerkschaftspolitisch war die grosse Hoffnung während der Pandemie, dass die sogenannten «systemrelevanten» Berufe endlich die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen, nicht nur mit Applaus, sondern auch finanziell und mit besseren Arbeitsbedingungen. Es war die Hoffnung da, dass wir über Einkommensunterschiede, über den Wert der Arbeit, die Zukunft der Arbeit sprechen. Das war eine kurze Diskussion, jetzt ist wieder alles beim alten. Was bleibt ist ein fahler Nachgeschmack und der Frust in vielen Berufskategorien ist gross. Und es ist noch einmal ein grosses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern aufgezeigt worden, da fast 60 Prozent der Frauen in Berufen arbeiten, in denen sie weniger als 4000 Franken verdienen. Sie aber die grössere Last der Pandemie trugen, gerade auch, weil sie in den systemrelevanten Berufen arbeiten, die wenig Wertschätzung erfahren. Die Menschen vergessen schnell und so ist die grosse Wende ausgeblieben. Dies sogar in Berufen, die während der Pandemie sehr prominent im Fokus standen. Die Gesundheitsberufe erleben im Moment einen Exodus. Es herrscht Fachkräftemangel und die Angestellten stehen sehr unter Druck. Der Frust ist gross. Bei Lohnverhandlungen wurden keine guten Abschlüsse erzielt, die Arbeitsbedingungen haben sich nicht verbessert. Obwohl die letzten zwei Jahren immer die Rede davon war. Ein paar Goodies gab es, ja, aber nichts nachhaltiges. Und so rennen uns die Leute davon, wir bilden viele junge Menschen in Gesundheitsberufen aus, die aber nach ein paar Jahren den Beruf desillusioniert verlassen. Das historische Ja zur Pflegeinitiative ist ein guter Anfang, aber auch hier zeigt sich, dass die Politik nichts machen will. Auch nicht im Kanton Aargau, wie der Regierungsrat auf eine Interpellation der SP Fraktion antwortete. Abwarten, schauen, die anderen sollen doch etwas unternehmen, die Arbeitgebenden sind in der Pflicht. Und so weiter. Und das nachdem die meisten Kantone und Gemeinden, auch der Kanton Aargau, auch in den letzten Krisenjahren dreistellige Abschlüsse vorweisen

können. Für das Gesundheitswesen gibt's kein Geld, für sozial benachteiligte Menschen haben wir kein Geld, für Kitas und für Tagesstrukturen haben wir kein Geld, für eine menschenwürdige Asylpolitik haben wir kein Geld – und für vieles anderes. Dafür haben wir kein Geld.

Für die Unternehmen und die Wohlhabenden ist das Geld aber da. Die Steuergesetzrevision, über die wir am 15. Mai im Aargau abstimmen, will den Gewinnsteuersatz für Unternehmen noch einmal reduzieren und den Pauschalabzug für Versicherungsprämien erhöhen. Von beiden profitieren nur wenige, reißt aber ein grosses Loch in die Finanzen des Kantons und der Gemeinden, das am Schluss wir alle stopfen müssen. Und wir wissen nur zu gut, wie das endet: in Abbaumassnahmen. Und darunter leiden vor allem die Schwächeren, verlieren tun wir alle. Setzen wir uns ein, damit dieser Steuer-Beschiss am 15. Mai im Aargau deutlich abgelehnt wird.

Lokal, national oder global, es geht eigentlich immer um das gleiche: um die gerechte Verteilung von Ressourcen und Einkommen, darum, dass alle ein Leben in Würde leben können, frei und in Frieden.

An diesem 1. Mai stehen wir solidarisch für Friede und Freiheit an. Für alle. Und auf der ganzen Welt.

Engagieren wir uns!